



Am frühen Dienstagmorgen, dem 24. Juni 2025, verkündete das iranische Staatsfernsehen den Beginn eines Waffenstillstands mit Israel – nur Stunden nachdem US-Präsident Donald Trump via Truth Social eine „vollständige und totale“ Waffenruhe angekündigt hatte. Doch die Realität sah anders aus: Trotz der offiziellen Erklärungen setzten sich Raketenangriffe fort, wodurch Zweifel an der tatsächlichen Umsetzung aufkamen.

Trump bezeichnete die Waffenruhe als „für immer“ und strukturiert in Phasen: Iran solle zuerst die Kampfhandlungen einstellen, dann – zwölf Stunden später – Israel folgen. Als Druckmittel verwies er auf die Rolle der US-Bomberpiloten, deren präziser Schlag gegen iranische Nuklearanlagen laut Trump den Durchbruch ermöglicht habe.

Teheran bestätigte zwar einen teilweisen Waffenstillstand, betonte jedoch, dieser sei abhängig von Israels Verhalten. Außenminister Abbas Araqchi erklärte, dass keine formelle Vereinbarung unterzeichnet worden sei. Iran werde seine Angriffe nur beenden, wenn Israel seinerseits seine „illegale Aggression“ einstelle.

Weitere Angriffe trotz Waffenruhe

Unmittelbar nach den Ankündigungen kam es erneut zu Angriffen. Aus Iran wurden mehrere Raketen auf die südisraelische Stadt Be’er Scheva abgefeuert – mindestens drei Menschen starben, weitere wurden verletzt. Die israelische Armee meldete sechs Angriffswellen und forderte die Bevölkerung zum Aufsuchen von Schutzräumen auf.

Iran berichtete wiederum von israelischen Luftangriffen auf die Provinz Gilan, bei denen neun Menschen ums Leben kamen – unter ihnen offenbar auch Zivilisten. Die gegenseitigen Angriffe werfen erneut Fragen zur Effektivität und Glaubwürdigkeit des angekündigten Waffenstillstands auf.

Internationale Reaktionen und diplomatische Bemühungen

Die Vereinigten Staaten übernahmen eine führende Rolle bei den Vermittlungen zu dem angekündigten Waffenstillstand. Vizepräsident JD Vance und Außenminister Marco Rubio führten intensive Gespräche mit iranischen Vertretern. Katar unterstützte die Vermittlung und bot seine diplomatischen Kanäle an, kritisierte jedoch gleichzeitig einen iranischen Raketenangriff auf einen US-Stützpunkt in Doha als Verletzung seiner Souveränität.

Die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft fielen gemischt aus. Während einige Staaten die Deeskalation begrüßten, äußerten andere Skepsis hinsichtlich der Nachhaltigkeit



des Waffenstillstands. Die G7-Staaten bekannten sich zum Selbstverteidigungsrecht Israels und verurteilten Iran als maßgebliche Quelle regionaler Instabilität. Die Vereinten Nationen forderten beide Seiten zu Zurückhaltung und einem langfristigen Friedensprozess auf.

Ökonomische und geopolitische Auswirkungen

Die Finanzmärkte reagierten prompt: Der Ölpreis sank um bis zu drei Prozent – ein kurzfristiger Effekt wachsender Hoffnung auf Stabilität in der Golfregion. Auch Aktienmärkte legten zu, während der US-Dollar an Wert verlor. Ökonomisch könnte die Entspannung eine Erleichterung für Zentralbanken darstellen, die angesichts hartnäckiger Inflationsrisiken bislang vorsichtig agierten.

Gleichzeitig mahnten Analysten zur Vorsicht. Die gezielte Bombardierung von Nuklearanlagen durch Israel und die asymmetrische Antwort Teherans zeigen, dass die Eskalation jederzeit wieder aufflammen kann – auch ohne direkte Konfrontation.

Rechtliche und historische Kontexte

Völkerrechtliche Fragen traten bisher in den Hintergrund öffentlicher Debatten, werden jedoch von Experten intensiv diskutiert. So könnten die Angriffe Israels auf Nuklearanlagen in Iran – insbesondere bei unklarer Bedrohungslage – gegen geltende internationale Regeln verstoßen. Gleichzeitig werfen Irans wiederholte Angriffe auf zivile Ziele Fragen zur Einhaltung humanitärer Mindeststandards auf.

Die atomare Dimension des Konflikts bleibt virulent. Seit dem faktischen Scheitern des Wiener Abkommens 2015 betont Teheran den friedlichen Charakter seines Nuklearprogramms – ein Narrativ, das von westlichen Staaten zunehmend infrage gestellt wird. Europa fordert inzwischen einen vollständigen Stopp der Urananreicherung. Die iranische Führung bleibt jedoch dabei, keine Atomwaffen anzustreben – zumindest offiziell.

Die Waffenruhe vom 24. Juni 2025 bleibt angesichts der anhaltenden Angriffe unsicher und brüchig. Ohne klare Vereinbarungen, unabhängige Überwachung und tragfähige diplomatische Rahmenbedingungen droht die Eskalation jederzeit wieder aufzuflammen. Ökonomisch mag sie kurzfristige Beruhigung bringen, langfristig aber hängt Sicherheit von konkreten Vereinbarungen ab – nicht von Ankündigungen auf Social Media.

Autor: Andreas M. Brucker